

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1,35 M. frei ins Haus, abgeholt von der Expedition 1,30 M., durch die Post bezogen 1,54 M.

Herausgeber Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pf. pro vierzeilige Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pf.

Zeitungsänder und tabellarischer Satz mit 50 Prozent Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Sozialblatt für Wilsdruff.

Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Buchardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Laupersdorf, Limbach, Lohsen, Mohorn, Müllig-Rothsch, Runzig, Reulichen, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Röhrschorf bei Wilsdruff, Rothsch, Rothschönberg mit Bernau, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligsdorf, Speckthausen, Tanneberg, Taubenheim, Ufersdorf, Weistropf, Wilsdorf.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schunk, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Schunk, Wilsdruff.

No. 80.

Dienstag, den 12. Juli 1910.

69. Jahrg.

Herr Brandversicherungs-Inspektor Seelig hier ist

vom 16. Juli bis mit 15. August d. J.

beurlaubt. Während dieser Zeit ist Herr Brandversicherungs-Inspektors-Assistent Böttger hier die Stellvertretung übertragen worden.

Weissen, den 11. Juli 1910.

Nr. 544 IX.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Für den Schulneubau sind zu liefern 16 Lehrerbulte, 3 Schrankische, 3 Stoffschränke, 25 Papierkörbe und die Einrichtung für ein Gasabzugsfenster. Die näheren Bedingungen für die Anfertigung und die Zeichnungen können von Mittwoch den 13. d. M. ab täglich 8-9 Uhr vorm. im Amtszimmer des Unterzeichneten eingesehen werden. Verschlüsselt angebote wolle man bis Freitag den 22. Juli mittags 12 Uhr eintreffen.

Wilsdruff, am 11. Juli 1910

Schuldirektor Thomas.

Neues aus aller Welt.

Die neue Auflage der neuen preussischen Wahlrechtsreformvorlage soll unter Beibehaltung der Steuerunterschiede das geheime und direkte Wahlrecht bringen.

Der kaiserliche Reichsminister Dr. Beck sprach sich in Dresden auf der Jahresversammlung der kaiserlichen Schulinspektoren eingehend über die künftige Gestaltung des Religionsunterrichts aus.

Der Königl. Sächs. Militärvereinbund hielt gestern in Annwehnsdorf Sr. Majestät des Königs seine Bundes-Generalsversammlung in Dresden ab.

Am 20. sächsischen Reichstagswahlkreise Marienberg-Schöpsen beabsichtigt man, einen nationalliberalen Kandidaten aufzustellen.

In den Verfassungen des Berliner Luftschiff-Bataillons ist der neue Militärflugzeug „M IV“ fertiggestellt worden.

In Göttingen ist am Sonnabend der dortige Luftschiffhafen eingeweiht worden.

Der Vorstand der preussischen Vereine für Feuerbestattung hat an den preussischen Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, die Feuerbestattung in Preußen unmisslich bald zuzulassen.

Die Alldeutsche Staatsanwaltschaft erhebt gegen die Ueberführung der Frau v. Schönedel in eine nicht geschlossene Anstalt Einspruch.

Die Gemeinde München hat das Projekt der Errichtung einer ständigen Münchener Messe als Konkurrenz zur Leipziger Messe endgültig angenommen.

In dem Spionageprozeß gegen Lutz und Genossen erkannte das Reichsgericht auf Zuchthausstrafen von zwei bis zu sechs Jahren. Eine Angeklagte wurde freigesprochen. Im Urteile wurde ausgesprochen, daß es in diesem Falle der Polizei gelungen sei, ein gefährliches Spionagenetz auszumachen.

In Budapest wurden am Sonnabend mittags Extrablätter verbreitet, nach denen Kaiser Franz Josef am 18. August zugunsten des Erzherzogs Franz Ferdinand abdanken werde.

Die zuverlässigste Bekantheit, sei nicht zu befürchten, das Österreich-Ungarn der Beseitigung der Abgabefreiheit der Elbischiffahrt zustimmen wird.

Die freiliche Kreise in vorstehend dadurch gelöst, daß die Opposition in der Kammer den Vertretern der Sozialdemokratie erklärt hat, daß sie die unheimlichen Abgeordneten der Kammer zulassen würde.

Bei Oberon stehen zwei Dampfer zusammen. Viele Menschen sind verumtet.

In New-York sind 25000 in der Kleiderindustrie beschäftigte Arbeiterinnen in den Ausstand getreten.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 11. Juli.

Deutsches Reich.

Von der Nordlandsreise des Kaisers.

Aus Odde, 8. Juli, wird berichtet: 20 deutsche Damen, die sich als Sommergäste in Kopenhagen aufhalten, wurden Freitag nachmittags um 6 Uhr von Seiner Majestät dem Kaiser zum See eingeladen.

Die Erregung dauert fort!

D. E. K. Mehr als ein Monat ist verstrichen, seitdem Pius X. seine friedensfördernde Enzyklika als für alle Katholiken der ganzen Welt verbindlich ausgehen ließ; aber noch immer haben sich die Wogen der ersten tiefgehenden Entrüstung im protestantischen Deutschland nicht gelegt. Weiß doch das evangelische Volk des Deutschen Reiches vor dem aller anderen Ländern, welche entwicklungsghemmende, friedensfördernde Saat gerade bei dem Vorhandensein eines papsttreuen Zentrums in Deutschland mit diesem päpstlichen Rundschreiben angestreift ist. Das evangelische Volk empfindet es darum auch jetzt erst recht lebhafter denn je als seine Pflicht, sich zu gemeinsamer Abwehr und Vorbeugung künftiger Friedensführung zusammenzuschließen. Das kam in weiteren Protestversammlungen und Kundgebungen zum Ausdruck, die gemeldet werden aus Düren, Wabern, Halberstadt, Augsburg, Schleswig, Garmisch, Soltau, Schlutup, Barel, Al. Säterstedt, Neumorschen, Rotthausen, Michelsdorf, Bauenburg, Ober-Ramstedt, Cronau i. S., Schönedel, Belgrad, Belsheim, Ueberau, Kieritzsch und Umgebung, Augustsburg, Kiefenburg, Friedeberg a. O., Gulau (Böhmen), Heide i. S., Karlsbrude (zweite Versammlung),

Reudorf, Rudolstadt, Weimar, Haselbach, Ostrow, Heiligenwald, Gehardsdorf.

Zweigvereinsgründungen des Evangelischen Bundes erfolgten weiter in Hasselsdorf, Lauban, Verden, Pfungstadt, Rudolstadt.

Von Synoden, Presbyterien bezw. evangelischen Gemeinden wurde weiterhin protestiert in Kupferdreh, Einbeck, Wollstein, Barel, Buchon, Lissen, Halberstadt, Trebnitz, Herford, Mainz, Marbach, Gonsenheim, Eudenberg, von der Bezirksynode der 2. Osnabrücker Inspektion, vom Gemeindefreirat Haselbach und der Kreis-synode Schilberg.

Von evangelischen Vereinen protestierten: Evangelische Bürger- und Arbeitervereine in Kupferdreh, Castrup, Evangelische Bevölkerung von Clafurt (zweite Protest-versammlung), die Gewerbetreibende zu Oberhausen (Nhb.), Ober-Ramstedt, Gustav Adolf-Zweigverein Döbjele Butt-nadt, Arbeitervereine in Leipzig und Chemnitz, der Landesverband evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen, der Pfarrerrat der Probingsachen in Naumburg, evangelischer Frauenverein in Haselbach, Männer- und Jung-männerverein Haselbach; dazu kommt ein scharfer Protest des städtischen Gemeinderats von Reichenberg (Böhmen).

Eine neue Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Der „Bayer. Kurier“ brachte kürzlich die Nachricht, wonach in München eine Gruppe von Persönlichkeiten zwecks Gründung eines großen Zeitungsunternehmens zusammengetreten sei, die mit dem Fürsten von Fürstenberg in Verbindung stehen soll. Das Blatt, das im Herbst dieses Jahres zum erstenmal erscheinen soll, werde den Standpunkt der Rechtsliberalen und die Interessen der Arbeitgeber vertreten und, ohne einen Parteistand zu betonen, die Sozialdemokratie bekämpfen. Dem neuen Blatte sollen alle Reichs-, Staats- und Gemeindefiscaler, dann die Bilanzen der Banken, der Großindustrie usw. zugewendet werden. Man, hoffe es dann infolge seiner Billigkeit massenhaft in Stadt und Land verbreiten zu können und alles andere aus dem Felde zu schlagen, so daß das Blatt bis zu den nächsten Wahlen erheblichen Einfluß auf die öffentliche Meinung gewonnen hätte. Als Kapital für das Unternehmen, das mit einer Jahresausgabe von 1800000 Mark rechnet, seien vier Millionen Mark angenommen, wovon zwei Millionen bereits gezeichnet seien. Den Rest hoffe man aus den Kreisen des Handels, der Industrie und des Gewerbes binnen kurzem zu erhalten. Schließlich glaubt der „Bayer. Kurier“ noch, daß der Hansabund mit der Sache in Verbindung stehe. — Dieser hat aber bereits nein gesagt. Natürlich, denn der Hansabund bekämpft ja nicht die Sozialdemokratie, sondern den Bund der Landwirte und die Konserbativen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn und die Schiffsabgaben.

Wie von zuverlässiger Seite anderslautenden Zeitungsnachrichten gegenüber mitgeteilt wird, ist nicht zu befürchten, daß Oesterreich-Ungarn der Beseitigung der Abgabefreiheit der Elbischiffahrt zustimmen wird. Abgesehen davon, daß die österreichische Regierung zu dieser Zustimmung der Genehmigung des Reichsrates bedarf, der bekanntlich einstimmig sich für die Erhaltung des abgabefreien Zustandes erklärt hat, kommen hauptsächlich noch zwei andere Gründe in Betracht, die das benachbarte Reich nicht daran denken lassen können, mit der Einführung von Schiffsabgaben sich einverstanden zu erklären. Das Erträgnis der Abgaben soll unter anderem namentlich zur Vertiefung der Fahrtrinne in der Elbe verwendet werden, sodas auch die Schiffe mit größtem Tiefgang aufwärts bis Bodenbach, Ruffig u. gehen können. Eine solche Vertiefung der Fahrtrinne in der böhmischen Elbe ist aber ausgeschlossen, da der Grund des Flusses dort größtenteils aus Feld besteht. Die Spreng- und sonstigen Arbeiten, die eine Vertiefung der Fahrtrinne in der

böhmischen Elbe verlangt, würden so große sein, daß die Kosten in absehbarer Zeit durch das Gesamterträgnis der Schiffsabgaben nicht gedeckt werden können. Auch ein Seitenkanal kann nicht gebaut werden der Gebirge wegen.

— Dazu kommt, von anderem zu schweigen, noch ein weiterer Grund. Frankreich gewährt bei der Einfuhr von Waren, wenn sie unmittelbar aus dem Erzeugungslande, ohne einen anderen Staat berührt zu haben, eingehen, eine erhebliche Zollvergünstigung. Oesterreich-Ungarn hat nun von Frankreich das Zugeständnis erlangt, daß galizisches u. Petroleum, wenn es auf der Elbe von Böhmen bis Hamburg befördert, hier in die Seeschiffe übergepumpt und geradezu nach einem französischen Hafen geführt wird, die Zollvergünstigung genießt. Dieser Vorteil, dessen das österreichische Petroleum bei der Zollbehandlung in Frankreich sich erfreut, würde aufgehoben, wenn auf der Elbe Schiffsabgaben erhoben würden. Durch die Schiffsabgaben würde das österreichische Petroleum vom Wettbewerb mit dem amerikanischen und russischen Petroleum auf dem französischen Markt ausgeschlossen. Es stehen also für Oesterreich-Ungarn Werte auf dem Spiele, deren Verlust durch den diesem Nachbarstaate zu gewährenden Teil vom Erträgnis der Schiffsabgaben nie ausgeglichen werden wird.

Eine gemüthliche Beratung.

Der französische Postminister Millerand hat am Donnerstag eine ebenso neuartige als auch gemüthliche Art der Durchberatung von Fragen seines Ressorts eingeführt. In Gegenwart der Spitzen seines Beamtenstabes versammelte er die Delegierten von 30 Vereinigungen der subalternen Postbeamten um sich und besprach mit ihnen eine Anzahl notwendiger Reformen im Post-, Telephon- und Telegraphenwesen. Nach dieser gemeinsamen Konferenz lud er sämtliche Teilnehmer zu einem Frühstück in seinem Palais ein, wo bald eine sehr gemüthliche Stimmung herrschte, was daraus hervorgeht, daß der Tischnachbar der Frau Millerand ein solcher Briefträger war, während neben dem Herrn Minister ein netliches Telephonfräulein saß.

Die Militärischen in Frankreich.

Der soeben dem Präsidenten der Republik zugegangene Bericht des Kriegsministeriums über die Zahl der Aushebungspflichtigen, die sich im vergangenen Jahre ihrer Dienstpflicht entzogen haben, stellt wiederum ein einbruchendes Anwachsen dieser Zahl fest. Während sie 1907 noch 4905 betrug, stieg sie im Jahre darauf auf 11782, und 1909 betrug die Zahl der unzuführenden Kantons bereits 17258, hat sich also in drei Jahren vervierfacht. Diese heunruhigende Erscheinung veranlaßt einige Blätter, einschränkende Bestimmungen für jene Presse zu fordern, die die antimilitaristischen Tendenzen unterstützt.

Die manganatische Gemahlin König Leopolds II. erhielt für sich und ihre Kinder die Erlaubnis zur Rückkehr und dauernden Niederlassung in Belgien.

Dänemarks Bevölkerungsstand.

Nach dem veröffentlichten Ergebnis der diesjährigen Volkszählung beträgt die Gesamtbevölkerung Dänemarks 2726000 Personen. Da bei der letzten Volkszählung im Jahre 1906 2605000 Bewohner berechnet wurden, ist ein Zuwachs von 1 1/2 v. H. zu verzeichnen.

Was England sich die Flotte kosten läßt.

Nach der Daily News beträgt das Marinebudget für dieses Jahr 40600000 Pfund (über 800 Millionen Mark), das ist 5 1/2 Millionen mehr als letztes Jahr. Die Admiralität soll für das nächste Finanzjahr noch 4 1/2 Millionen mehr, also etwa 45 Millionen fordern. Von regierungsfeindlicher Seite werden neuerdings Versuche gemacht, um die sogenannte „Marinepanik“ vom letzten Jahre wieder zu beleben und das Kabinett zu zwingen, die Rüstungen